

Begründung

zum

Bebauungsplan Nr. 126

„Bereich Café Rheinanlagen

und angrenzende Bereiche“

Stadt:	Koblenz
Gemarkung:	Koblenz
Flur:	10

Gehört zum Verfahren gemäß § 13a BauGB

Stand: März 2010

Gliederung:

- I. Rechtsgrundlagen**
- II. Verfahren**
- III. Wesentliche Inhalte, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung**
 - 1.0 Erfordernis der Planung/ Ziele der Planung/ Städtebauliches Konzept
 - 1.1. Planungsanlass/ Planungserfordernis (§ 1 (3) BauGB)
 - 1.2 Ziele und Zwecke der Planung
 - 1.3 Städtebauliches Konzept

 - 2.0 Plangebiet
 - 2.1 Lage und Größe des Plangebietes/ Geltungsbereiches
 - 2.2 Vorhandene Nutzungen im Plangebiet
 - 2.3 Planungs- und Standortalternativen

 - 3.0 Vorhandene planungsrechtliche und sonstige Vorgaben und Darstellungen
 - 3.1 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 und 3 BauGB)
 - 3.2 Bestehendes Baurecht
 - 3.3 Wasserwirtschaft
 - 3.4 Erschließung/ Ver- und Entsorgung
 - 3.5 Denkmalschutz

 - 4.0 Planungsinhalte
 - 4.1 Bauplanungsrechtliche Festsetzungen
 - 4.1.1 Art der baulichen Nutzung
 - 4.1.2 Maß der baulichen Nutzung
 - 4.1.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen
 - 4.1.4 Hochwasserbedingte Höhenvorgaben
 - 4.2 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

 - 5.0 Eigentumsverhältnisse/ Bodenordnung

 - 6.0 Wesentliche Auswirkungen der Planung
 - 6.1 Städtebauliche Auswirkungen
 - 6.2 Immissionsschutz
 - 6.2.1 Gewerbelärm
 - 6.2.2 Straßenverkehrslärm
 - 6.2.3 Schiffs- und Schienenverkehrslärm
 - 6.2.4 Freizeitlärm/ Musikpavillon
 - 6.3 Landschaftsplanung
 - 6.4 Artenschutz
 - 6.5 Kosten

I. Rechtsgrundlagen:

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), letztgültige Fassung
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), letztgültige Fassung
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), letztgültige Fassung
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24. November 1998 (GVBl. S. 365), letztgültige Fassung
- Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnatorschutzgesetz - LNatSchG) vom 28. September 2005 (GVBl. S. 387), letztgültige Fassung
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) gültig ab 01.03.2010
- Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23. März 1978 (GVBl. S. 159), letztgültige Fassung
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), letztgültige Fassung
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), letztgültige Fassung
- Landesabfallwirtschaftsgesetz (LAbfWG) vom 2. April 1998 (GVBl. 1998 S. 97), letztgültige Fassung
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), letztgültige Fassung
- Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), letztgültige Fassung
- Landesstraßengesetz (LStrG) vom 1. August 1977 (GVBl. S. 273), letztgültige Fassung

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585, letztgültige Fassung
- Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG-) in der Fassung vom 22. Januar 2004 (GVBl. S. 54), letztgültige Fassung
- Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), letztgültige Fassung

II. Verfahren

Der Bebauungsplan Nr. 126 „Bereich Café Rheinanlagen und angrenzende Bereiche“ ist ein Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB.

Dies sind Bebauungspläne zur Wiedernutzbarmachung von Brachen, zur Nachverdichtung und anderer Maßnahmen der Innenentwicklung.

Da es sich vorliegend um eine „andere Maßnahme der Innenentwicklung“ (Umnutzung des Geländes, welches derzeit durch den Eigenbetriebs Grünflächen- und Bestattungswesen genutzt wird) und eine „Nachverdichtung“ innerhalb der Stadt Koblenz handelt, wird das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt:

- Ein Bebauungsplan darf im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden, wenn in ihm eine Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der BauNVO oder eine Größe der Grundfläche festgesetzt wird von insgesamt weniger als 20.000 qm.
Diese Voraussetzung ist erfüllt. Das Plangebiet hat eine Gesamtgröße von ca. 0,43 ha.
- Es wird keine Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) oder nach Landesrecht unterliegen.
- Beeinträchtigungen der in § 1 Abs. 6 und 7 Buchstabe b BauGB genannter Schutzgüter (FFH/ Vogelschutz) entstehen durch die Bebauungsplanänderung nicht.

Somit sind sämtliche, in § 13a Abs. 1 BauGB genannten Voraussetzungen zur Durchführung des beschleunigten Verfahrens als erfüllt zu betrachten.

Gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB wird im vereinfachten Verfahren von einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 (2) Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen. Ferner ist § 4c BauGB nicht anzuwenden.

Bei der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.

Gleichwohl sind die Umweltauswirkungen wie Lärm und Artenschutz zu ermitteln und zu bewerten.

Die Eingriffe in Natur und Landschaft, die aufgrund der Bebauungsplanänderung zu erwarten sind, gelten „als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig“.

Gemäß § 13 a BauGB Satz 2 BauGB ist der Flächennutzungsplan der Stadt Koblenz im Weg der Berichtigung anzupassen.

Die Veränderungssperre für das Plangebiet ist mit der Bekanntmachung vom 11.07.2007 in Kraft getreten.

III. Wesentliche Inhalte, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung

1.0 Erfordernis der Planung/ Ziele der Planung/ Städtebauliches Konzept

1.1. Planungsanlass/ Planungserfordernis (§ 1 (3) BauGB)

Das Plangebiet liegt im rheinseitigen östlichen Teil der südlichen Vorstadt und damit an einer für das Stadtbild prägenden Stelle der Stadt Koblenz. Neben der vorhandenen mehrgeschossigen historischen Villenbebauung entlang der Adamsstraße und der Januarius-Zick-Straße, die das Plangebiet selbst aber auch das Umfeld prägt, ist hier ein eingeschossiger Café/ Restaurantbau mit Musikmuschel an der Kaiserin-Augusta-Anlage vorhanden. Die im Bereich Café Rheinanlagen bisher vorliegenden Planungsabsichten des dortigen Grundstückseigentümers widersprechen den städtebaulichen Entwicklungsabsichten der Stadt in diesem Bereich. Daher wurde im Stadtrat am 14.12.2006 der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 126 „Café Rheinanlagen und angrenzende Bereiche“ gefasst (BV/0672/2006).

1.2 Ziele und Zwecke der Planung

Im Rahmen der vorhandenen städtebaulichen und landschaftlichen Gebietstypik ist eine mögliche Neubebauung zu formulieren, die sich in die vorhandene Raumsituation integriert.

Gemäß den Vorgaben der städtischen Gremien sind folgende wesentlichen Einzelziele zu beachten:

- Neuschaffung einer qualitätvollen Café-Restaurant-Nutzung mit Orientierung zur Uferpromenade in der Erdgeschoßzone.
- Festsetzung einer aufgelockerten Bauweise entlang des Rheinufers unter Beachtung des Parkpfliegerwerkes.
- Regelungen zur geschoßweisen Gliederung der zukünftigen Baukörper mit gestaffelten Gebäudehöhen unter Beachtung der Vorprägung des städtebaulichen Umfeldes
- Sicherstellung einer städtebaulich anspruchsvollen Freiraumgestaltung des Einmündungsbereiches der Januarius-Zick-Straße in der Uferpromenade.
- Ausweisung als Mischgebiet (MI) gemäß BauNVO
Mischgebiete dienen dem Wohnen und der Unterbringung von Gewerbe, die das Wohnen nicht wesentlich stören.

1.3 Städtebauliches Konzept

Unter weitgehender Berücksichtigung der stadthistorischen und gartengeschichtlichen Zusammenhänge (Fluchtlinienplan, Parkpfliegewerk etc.) sowie der Berücksichtigung nachbarlicher Belange ergibt sich eine Stadtgestaltungskonzeption, die im wesentlichen durch eine 3-4 geschossige Randbebauung entlang der Adamstraße (einschließlich des städtischen Betriebsgrundstückes) und der Januarius-Zick-Straße geprägt ist.

Die vorhandene Baufluchtlinie der Januarius-Zick-Straße wird durch die Festsetzung einer Baugrenze im Bebauungsplan aufgenommen.

In Korrespondenz mit der zu rekonstruierenden Rheinterrasse/ Biergarten soll eine Aufweitung mit einer großzügigen Café-Terrassenlösung geschaffen werden, die ihren bauseitigen Abschluss durch ein 3-geschossiges Café-Restaurationsgebäude mit Wohnnutzung in den Obergeschossen findet. Zur Berücksichtigung der Belange der Wohnnutzung in den Gebäuden Adamsstraße 2 und 4 und der damit verbundenen Eigentumsinteressen an der Parzelle 2079/246 wird dieses v.g. gemischt genutzte Gebäude deutlich von der Adamsstraße abgerückt.

Gegenüber dem Niveau der Bebauung an der Adamsstraße soll das neue Café-Gebäude mit Terrasse abgesenkt werden.

Der ruhende Verkehr wird im Wesentlichen in einer Tiefgarage (mind. 50 Plätze) mit Zufahrt von der Januarius-Zick-Straße aus untergebracht. Hier besteht auch die Möglichkeit einen Ersatz für die wegfallende WC-Anlage zu schaffen.

Als Ersatzlösung für die erforderliche Neuordnung im Bereich der Parzelle 2079/246 wird eine gleichgroße Stellplatzfläche parallel zur Adamsstraße angelegt.

Der übrige private Stellplatzbedarf ist auf den jeweiligen Baugrundstücken unterzubringen.

Der vorhandene Musik-Pavillon an der Rheinfront wird erhalten und in die neue Café-Gastronomie- und Park-Übergangs-Lösung integriert.

2.0 Plangebiet

2.1 Lage und Größe des Plangebietes/ Geltungsbereiches

Das Plangebiet ist ca. 0,43 ha groß. Es wird im Osten begrenzt durch die Kaiserin-August-Anlage, im Norden durch die Januarius-Zick-Straße, im Westen durch die Adamsstraße und im Süden durch das Anwesen Adamsstraße 9, Parz. 2083/238.

2.2 Vorhandene Nutzungen im Plangebiet

Im Plangebiet befindet sich ein eingeschossiges Café-Restaurant mit Terrassen- und angeschlossener Biergartenutzung.

Das vorhandene denkmalgeschützte Fachwerk-Wohn-Gebäude Adamsstraße Nr. 5 ist ein letztes Fragment der früheren Wirtschaftsgebäude für die Trinkhallen- und Parkanlage.

Der vorhandene städtische Musik-Pavillon aus den 50-iger Jahren soll dauerhaft Bestand haben.

Der bestehende Betriebshof des Eigenbetriebes 67 auf der Parzelle 245/9 soll mittelfristig verlegt werden.

Zwischen dem v.g. Musik-Pavillon und dem vorhandenen Café-Restaurant befindet sich eine öffentliche Toilettenanlage, die auch bei einer Nachfolgenutzung wieder angemessen untergebracht werden soll.

2.3 Planungs- und Standortalternativen

Aus der konkreten Aufgabenstellung heraus ergeben sich keine Standortalternativen.

Bisher diskutierte Planungsalternativen unterscheiden sich im Wesentlichen durch die variable Nutzung der Parzelle 245/7, also der Fläche des bisherigen Café-Restaurants und seinen umgebenden Freiflächen.

Der letzte Diskussionsstand ist der Erläuterung des städtebaulichen Konzeptes unter Pkt. III 1.3 dieser Begründung zu entnehmen.

3.0 Vorhandene planungsrechtliche und sonstige Vorgaben und Darstellungen

3.1 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 und 3 BauGB)

Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Koblenz stellt das Plangebiet als Parkanlage/ öffentliche Grünfläche zwischen Wohnbauflächen dar.

Wie unter Pkt. II dargelegt, erfolgt eine Anpassung des Flächennutzungsplanes (Darstellung Mischbauflächen) gemäß § 13a (2) Satz 2 BauGB.

Eine Beeinträchtigung der geordneten städtebaulichen Entwicklung resultiert aus der Anpassung des Flächennutzungsplanes nicht. Der Bebauungsplan Nr. 126 schafft die Voraussetzungen für die Nachverdichtung eines bereits im heutigen Zustand überwiegend bebauten Bereichs.

Die zulässige Art der baulichen Nutzung ermöglicht die Fortführung der bestehenden, mit der Parkanlage im sachlichen Zusammenhang stehenden Nutzungen (Schank- und Speisewirtschaft und Musikpavillon). Die im Mischgebiet zulässige Wohnnutzung ist im Plangebiet mit dem Gebäude Adamsstraße 5, wenn auch nur untergeordnet, bereits heute vorhanden.

3.2 Bestehendes Baurecht

Neben der vorzitierten Darstellung des Plangebietes im Flächennutzungsplan gibt es keine weiteren bauleitplanerischen Vorgaben.

Das Gebiet ist unbeplanter Innenbereich im Sinne des § 34 (1) BauGB.

3.3 Wasserwirtschaft

Das Plangebiet liegt teilweise im Abflussgebiet und vollständig im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet (ÜSG) des Rheins.

Die Errichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen bedarf einer wasserrechtlichen Ausnahmegenehmigung gemäß § 31 b WHG.

Sofern eine intensive Nutzung der Erdgeschosse (Wohnnutzung) geplant ist, ist die Höhe des Erdgeschossfußbodens über der Wasserspiegellage des 100-jährigen Hochwassers (HQ 100 = 67,95 m ü. NN) anzuordnen.

Retentionsraumverluste sind vollständig auszugleichen. Bei Stellung eines Bauantrages ist eine Retentionsraumberechnung beizufügen.

3.4 Erschließung/ Ver- und Entsorgung

Das Plangebiet ist durch die umgebenden Straßen und die damit einhergehenden leitungsgebundenen Infrastruktureinrichtungen in vollem Umfang erschlossen.

3.5 Denkmalschutz

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 126 „Café Rheinanlagen und angrenzende Bereiche“ liegt im Kernbereich des Welterbes Oberes Mittelrheintal der UNESCO. In der Denkmaltopographie aus dem Jahr 1989 (Band 3.1 der Reihe "Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland - Kulturdenkmäler in Rheinland-Pfalz") ist die südliche Vorstadt, deren Grundriss geprägt wird von sich rechtwinklig kreuzenden breiten Straßen, als „Kennzeichnendes Straßen-, Platz- und Ortsbild/Kennzeichnender Grundriss“ eingetragen. Im aktuellen Verzeichnis der Kulturdenkmäler der Generaldirektion Kulturelles Erbe vom Februar 2010 ist die südliche Vorstadt nicht flächendeckend als Denkmalzone aufgeführt. Lediglich einzelne Teilbereiche (z.B. Wohnblöcke für französische Besatzungstruppen an der Südallee) sind als Denkmalzonen enthalten. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 126 gehört nicht dazu. Rheinseitig bildet die Garten-Denkmalzone der „Kaiserin-Augusta-Anlage“ die Begrenzung.

Angrenzend an das Plangebiet befinden sich die Gebäude/ Kulturdenkmäler Adamsstraße 2, 4, 9 und 10 sowie Lennéstraße 7.

Innerhalb des Geltungsbereiches ist das Gebäude/ Kulturdenkmal Adamsstraße 5 das letzte verbliebene Zeugnis des ehemaligen Trinkhallenensembles (Nebengebäude).

Im Einmündungsbereich der Januarius-Zick-Straße in die Kaiserin-Augusta-Anlage befindet sich ein Gedenkstein aus dem Jahre 1870, welcher Erhaltungs- und Umgebungsschutz genießt. In Abstimmung mit der Denkmalfachbehörde und der Unteren Denkmalschutzbehörde ist ein Versetzen dieses Steins, der heute in einer Bruchsteinmauer unangemessen „eingezwängt“ ist, im Rahmen des Bebauungsplanvollzuges möglich.

Nach dem landschaftsplanerischen Beitrages des Büros Schnug-Börgerding sind schützenswert:

- die vom Stübben-Plan vorgegebene städtebauliche Struktur der Südstadt,
- das an den Bebauungsplan angrenzende Haus Nr. 9 Lennéstraße und dessen Wahrnehmbarkeit und unbeeinträchtigt Bild in der Kulturlandschaft,
- der Gedenkstein an der Ecke Januarius-Zick-Straße als Zeugnis des Umgangs vergangener Generationen mit der Geschichte,
- das Haus Adamstraße Nr. 5 als letztes verbliebenes bauliches Zeugnis des Trinkhallenensembles Baumbestände, die zum durchgrünten Charakter des Bereiches des historischen Trinkhallenstandortes beitragen,
- Baumbestände, die zum durchgrünten Charakter des Bereiches des historischen Trinkhallenstandortes beitragen.

Die Ziele, die sich nach dem landschaftsplanerischen Beitrag aus den städtebauhistorischen und gartengeschichtlichen Zusammenhängen ergeben, werden wie folgt berücksichtigt:

Zielsetzung	Zielerfüllung
<p>1. Ausbau der Achse Markenbildchenweg als erkennbare Grünverbindung vom Bahnhof zu den Rheinanlagen unter Integrierung des Gedenksteins</p> <ul style="list-style-type: none">▪ Aufnehmen der Bauflucht Januarius-Zick-Straße und Entwicklung eines städtebaulichen Rahmens für die Straße analog der Planung aus dem 19. Jhd▪ Freihaltung der Sichtachse zum Rhein, Ausbildung eines Platzes als Zielpunkt im Rahmen der Parkpflege▪ Betonung der Achse durch Alleepflanzung in der Januarius-Zick-Straße, ggf. Berücksichtigung einer Blickbeziehung zur Adamsstraße Nr. 5	<ul style="list-style-type: none">▪ grundsätzliche Beibehaltung der vorhandenen Baufluchten▪ Sichtachse wird nicht wesentlich eingeschränkt▪ Ausweitung des Platzes als Zielpunkt aufgrund der Eigentumsverhältnisse nicht möglich▪ Alleepflanzung im öffentlichen Straßenraum auch ohne Festsetzung im Bebauungsplan grundsätzlich möglich

<p>2. Sicherung des historisch bedeutsamen ehemaligen Standorts der Trinkhalle</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Berücksichtigung der im Plan für die südliche Vorstadt vorgegebenen offenen Bauweise mit hohem Grünanteil ▪ Wiederaufgreifen des Gestaltmerkmals der räumlichen Aufweitung des Wegraumes Rheinanlagen ▪ Vermeidung eines Heranrückens und Gebäudeflucht unmittelbar am Promenadenweg ▪ Freihaltung des Sichtausschnittes zum Blickpunkt Haus Adamsstraße Nr. 9 von konkurrierender und verstellender Bebauung ▪ Erhaltung von Haus Adamsstraße Nr. 5 und von Sichtbeziehungen im Verlauf des Promenadenwegs 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ offenen Bauweise ▪ nicht überbaute und nicht befestigte Grundstücksflächen sind gemäß Textfestsetzung gärtnerisch anzulegen, zu gestalten und instand zu halten ▪ rheinseitige Baugrenze im Bereich MI 3 vom Promenadenweg abgesetzt ▪ rheinseitige Baugrenze im Bereich MI 3 vom Promenadenweg abgesetzt ▪ die maximal zulässige Gebäudehöhe im Bereich MI 3 an der Rheinseite lediglich 70,5 m über NN. ▪ dadurch Beschränkung auf maximal ein Geschoss an der Rheinfront und Vermeidung der Wirkung einer geschlossenen Baukante ▪ Sichtbeziehung zum Turm des Gebäudes Adamsstraße Nr. 9 bleibt erhalten ▪ Sichtbeziehung zwischen Promenadenweg und Haus Adamsstraße Nr. 5 bereits heute eingeschränkt
<p>6.2 Sicherung der Wirkung vorhandener denkmalgeschützter und für die Stadtsilhouette und das Welterbe bedeutsamer Architekturen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Neubebauung ist in Höhe und Baukörpergestaltung jeweils an der Bebauung Januarius-Zick-Straße bzw. den Einzelarchitekturen der vorhandenen Fachwerkhäuser im Carrée zwischen Adamsstraße und Rhein abzustimmen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Höhenfestsetzungen orientieren sich am Gebäude Adamsstraße 5

Aus dem Verfahren der Trägerbeteiligung wurden keine wesentlichen Anregungen oder Änderungswünsche von den Denkmalfachbehörden vorgetragen. Zwingende zu beachtenden zusätzliche Vorgaben aus den vorgenannten denkmalrechtlichen Unterschützstellungen etc. wurden zur vorliegenden Bebauungsplanung nicht geltend gemacht.

Lediglich die Projektgruppe Welterbe Oberes Mittelrheintal bei der SGD Nord empfiehlt im Hinblick auf die denkmalgeschützte Nachbarbebauung im Plangebiet weitergehende Festsetzungen hinsichtlich Fassadengestaltung, Materialität und Farbigkeit aufzunehmen.

Ein Bedarf hierfür wird nicht gesehen. Im Hinblick auf eine gewünschte zeitgemäße Architektursprache ist planerische Zurückhaltung geboten (Übermaßverbot). Zumal durch die bereits vorhandene neuere Bebauung eine entsprechende Vorprägung stattgefunden hat (Gleichbehandlungsgrundsatz). Das Planungsvorhaben erfüllt darüber hinaus das so genannte Kriterium der „visuellen Integrität“, da die im Bebauungsplan vorgesehene Bebauung den sich aus der Umgebung (Rheinansicht) ableitbaren baulichen Maßstab nicht überschreitet.

Die Belange des Stadt- und Landschaftsbildes sowie die garten- und landschaftshistorischen Gesichtspunkte werden unter Punkt III, 6.3 der Begründung abgehandelt.

4.0 Planungsinhalte

4.2 Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

4.1.1 Art der baulichen Nutzung

Das Plangebiet ist als gegliedertes Mischgebiet (MI) gemäß § 6 BauNVO ausgewiesen.

Mit der speziellen örtlichen Zielsetzung unverträgliche Nutzungen (Einzelhandel, sonstige Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe, Tankstellen, Vergnügungsstätten) sind unzulässig.

Zur dauerhaften touristisch-gastronomischen Zweckbestimmung der Erdgeschoßnutzung im Mischgebiet „MI 3“ sind dort ausschließlich Schank- und Speisewirtschaften (Café) zulässig. (Ein Absenken des EG-Fußbodenniveaus ist zulässig.)

Die Wahrung der Zweckbestimmung des MI-Gebietes ergibt sich aus der Gesamtbetrachtung des Plangebietes.

Gleiches gilt für das Gebiet „MI 5“ (Musikpavillon) in dem ausschließlich Anlagen für kulturelle Zwecke und ihre Nebenanlagen zugelassen werden können.

4.1.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 16 (3) BauNVO durch die zulässige Grundflächenzahl (GRZ) und die max. zulässige Höhe der einzelnen baulichen Anlagen bestimmt.

Durch die Regelung der max. Gebäudehöhe ü. NN kann sehr detailliert auf die Höhenentwicklung der benachbarten Gebäude und die landschaftliche Einbindung der neuen Gebäude eingegangen werden.

Hierbei kann auch gleichzeitig der Forderung der Denkmalpflege, dass die neuen Gebäude (max. 81,0 m ü. NN) nicht höher als das vorhandene denkmalgeschützte Wohngebäude Adamsstraße Nr. 5 (ist 81,48 m ü. NN), entsprochen werden.

Bei der Ermittlung der zulässigen Grundflächen sind bauliche Anlagen unter der Geländeoberfläche sowie die Grundflächen von Garagen/ Tiefgaragen und Stellplätze mit einer GRZ von 0,8 bzw. 1,0 anrechnungsfähig.

Hiermit wird insbesondere der Tatsache Rechnung getragen, dass zur Entschärfung der Stellplatzsituation in und um das Plangebiet eine fast flächendeckende Tiefgaragenlösung in den Gebieten „MI 1“ und „MI 3“ erforderlich ist.

Ein entsprechender Nachweis im Sinne des § 17 (1) BauNVO kommt zu dem Ergebnis, dass plangebietsbezogen eine Gesamtgeschoßflächenzahl von 1,2 nicht überschritten wird (ohne Berücksichtigung TGA).

4.1.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen

Im Gesamtplangebiet ist die offene Bauweise festgesetzt.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen bestimmt. Die zulässige Ausdehnung der Tiefgarage ist, vorbehaltlich bauordnungsrechtlicher Abstandsregelungen, ebenfalls zeichnerisch definiert.

Zur Auflockerung und Gliederung der neuen Gebäudefassaden in der Januarius-Zick-Straße werden Erker, Loggien, Balkone etc. in begrenzter Maßhaltigkeit zugelassen.

Damit soll auch der Bezug zur vorhandenen historischen Straßenrandbebauung, die ebenfalls Erker etc. aufweist, hergestellt werden.

4.1.4 Hochwasserbedingte Höhenvorgaben

Aus Gründen der Lage des Plangebiets im Hochwasser- und Abflussbereich des Rheines wurden Höhenfestsetzungen getroffen.

Zum einen ist die Mindesthöhe von Geschossen mit Wohnnutzung auf 68,0 m ü. NN (100-jähriges Hochwasser) und zum anderen die max. Terrassen-/ Tiefgaragen-OK-Deckenhöhe auf 65,95 m ü. NN im Abflussbereich in den Gebieten „MI 1“ und „MI 3“ festgesetzt worden. Die Höhe von 65,95 m ü. NN entspricht der heutigen Terrassenhöhe des Cafés und stellt somit sicher, dass sich keine Verschlechterung des Abflussverhaltens des Rheinwassers bei Hochwasser ergeben wird.

Eine mögliche Teilüberbauung dieses Bereiches ist erst ab einer lichten Höhe von 67,95 m ü. NN zulässig.

4.2 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen beschränken sich auf die Gestaltung der nicht überbauten Grundstücksflächen und des Gebäudeumfeldes.

5.0 Eigentumsverhältnisse/ Bodenordnung

Eigentümer:	Parz. 245/9	Stadt Koblenz
	Parz. 245/8	Privat
	Parz. 245/7	Privat
	Parz. 2079/246	Privat

Zur Neugestaltung der vorhandenen bebauten und unbebauten Grundstücke ist ein Teil des Plangebietes (Umfeld Parzelle 2079/246) so neu zu ordnen, dass zweckmäßig zugeschnittene Baumöglichkeiten entstehen.

Als angemessene Neuordnungslösung sieht das Plankonzept vor, die Parzelle 2079/246 flächengleich parallel zur Adamsstraße neu zuzuordnen. So ergeben sich acht neue Stellplatzmöglichkeiten rechtwinklig zur Adamsstraße. Die bisherige Parzelle 2079/246 mit einer Breite von ca. 7,5 m und einer Tiefe von ca. 21,0 m rechtwinklig zur Adamsstraße lässt eine optimale Stellplatznutzung heute nur in Verbindung mit der Parzelle 245/7 zu.

6.0 Wesentliche Auswirkungen der Planung

6.1 Städtebauliche Auswirkungen

Durch die vorliegende Planung wird eine Grundlage zur Nachverdichtung und für Maßnahmen der Innenentwicklung geschaffen.

Damit wird auch den Vorschriften des § 1a (2) BauGB entsprochen und mit Grund und Boden sparsam umgegangen. Durch eine angemessene Ergänzung und Weiterentwicklung des Bestandes wird sowohl den Belangen der Denkmalpflege wie auch der Gestaltung des Stadt- und Landschaftsbildes Rechnung getragen.

6.2 Immissionsschutz

Um die Auswirkungen der vorhandenen und zukünftig möglichen Gewerbe-, Verkehrs- und Freizeitlärmemissionen aus dem Plangebiet und seinen Randbereichen beurteilen zu können, wurde eine entsprechende „Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 126 „Café Rheinanlagen“ in Koblenz durch FIRU GfI, Kaiserslautern erstellt.

6.2.1 Gewerbelärm

Der Gewerbelärmprognose wurden die folgenden wichtigsten Eckdaten zugrunde gelegt:

Gastronomie

- Die Betriebszeit wird von 10.00 bis 22.00 Uhr angesetzt.
- Auf der Terrasse und im Biergarten halten sich jeweils 300 Personen auf; die Hälfte der Personen spricht.
- Je sprechender Person auf der Terrasse wird ein Emissionspegel von 65 dB(A) angesetzt.
- Je sprechender Person im Biergarten wird am Tag ein Emissionspegel von 70 dB(A) und in der Zeit von 22 bis 23 Uhr ein Emissionspegel von 65 dB(A) angesetzt
- Für das Café wird ein Innenpegel von LI = 75 dB(A) angesetzt.

Tiefgarage und Stellplätze

- In der Tiefgarage sind 55 Stellplätze geplant (25 für Anwohner und 30 für Gastronomienutzung).
- Für die Anwohnerparkplätze werden im Tagzeitraum je Stunde und Stellplatz 0,15 Bewegungen und in der Nacht 0,02 Bewegungen angesetzt. Für die Stellplätze der Gastronomienutzung werden im Tagzeitraum 8 Bewegungen je Stellplatz und in der lautesten Nachtstunde 1 Bewegung je Stellplatz angesetzt.
- Für die Stellplätze an der Adamstraße werden für die Betriebszeit im Tagzeitraum 8 Bewegungen je Stellplatz angesetzt. In der lautesten Nachtstunde wird je Stellplatz eine Bewegung angesetzt. Bei der Berechnung wird davon ausgegangen, dass der Parkplatz asphaltiert wird.

Im Tagzeitraum werden innerhalb und in der Umgebung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans die jeweiligen Immissionsrichtwerte unterschritten. In der lautesten Nachtstunde werden bei uneingeschränktem Betrieb an den nächstgelegenen Immissionsorten innerhalb und in Umgebung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans die Immissionsrichtwerte überschritten. Im Regelfall bezieht sich der Immissionsrichtwert der TA Lärm auf die lauteste Nachtstunde zwischen 22 und 6 Uhr. Zu den Beurteilungszeiten führt die TA Lärm unter Abschnitt 6.4 folgendes aus: „Die Nachtzeit kann bis zu einer Stunde hinausgeschoben oder vorverlegt werden, soweit dies wegen der besonderen örtlichen oder wegen zwingender betrieblicher Verhältnisse unter Berücksichtigung des Schutzes vor schädlichen Umwelteinwirkungen erforderlich ist. Eine achtstündige Nachtruhe der Nachbarschaft im Einwirkungsbereich der Anlage ist sicherzustellen.“

Eine ähnliche Regelung ergibt sich aus dem § 4 (4) LImSchG, dessen Vollzug gemäß § 1 ImSchZuVO dem Ordnungsamt der Stadt Koblenz als Auftragsangelegenheit zugeordnet ist.

„Die zuständige Behörde kann im Einzelfall auf Antrag zulassen, dass im Freien betriebene Gaststätten bis 23 Uhr geöffnet bleiben. Die Ausnahme soll unter Bedingungen erteilt und insbesondere mit den Auflagen verbunden werden, dass ab 22 Uhr keine Musikdarbietungen mehr erfolgen und die Darreichung von Speisen und Getränken so rechtzeitig eingestellt wird, dass der Außenbetrieb um 23 Uhr beendet ist.“
(Zitat § 4 (4) LImSchG)

Bei der Verschiebung der Nachtzeit gemäß Abschnitt 6.4 TA Lärm um eine Stunde (23.00 bis 7.00 Uhr), fällt der Abgang der Besucher des Cafés und des Biergartens vollständig in den Tagzeitraum. Die übrigen Nutzungen (Café bei geschlossenen Fenstern und Tiefgaragenausfahrt durch Anwohner) nach 23.00 Uhr führen zu keinen Überschreitungen des Immissionsrichtwerts der TA Lärm in lautester Nachtstunde.

Wenn der Nachtzeitraum nicht um eine Stunde verschoben werden kann, sind die folgenden Anforderungen zu erfüllen, um die Immissionsrichtwerte der TA Lärm für Mischgebiete in der lautesten Nachtstunde von 45 dB(A) einzuhalten.

- Es muss sichergestellt werden, dass die Terrasse bis 22.00 Uhr vollständig geräumt ist.
- Die Nutzung der Tiefgarage muss ab 22.00 Uhr auf die Anwohner beschränkt werden;
- Die Stellplätze an der Adamstraße dürfen nach 22.00 Uhr nicht gewerblich genutzt werden.

Hinweis:

Die aktuelle Biergartenutzung basiert auf einer Ausnahmegenehmigung gemäß § 4 (4) Landesimmissionsschutzgesetz Rheinland-Pfalz des Ordnungsamtes Koblenz für das Jahr 2009.

Die Außenbewirtung ist auf 23.00 Uhr begrenzt. Die Ausnahmegenehmigung wird jährlich befristet erteilt.

Anlieferung

Die schalltechnischen Untersuchungen zum Bebauungsplan Nr. 126 „Café Rheinanlagen“ vom August 2009 wurden im Februar 2010 ergänzt. Die Anliefervorgänge des geplanten Cafés waren hinsichtlich ihrer Gewerbelärmeinwirkungen zu prognostizieren und zu beurteilen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass an dem der Anlieferung nächstgelegenen relevanten Immissionsort der Immissionsrichtwert der TA-Lärm und der Orientierungswert der DIN 18005 für Mischgebiete eingehalten werden.

An allen anderen Immissionsorten inner- und außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes werden die v.g. Werte deutlich unterschritten.

6.2.2 Straßenverkehrslärm

Auf Grundlage der zu erwartenden planbedingten Zusatzverkehre werden nach RLS-90 entlang der Januarius-Zick-Straße Beurteilungspegel im Tagzeitraum von bis zu 49,5 dB(A) und im Nachtzeitraum von bis zu 22,3 dB(A) berechnet. Die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für allgemeine Wohngebiete und Mischgebiet sowie die Orientierungswerte des Beiblatts 1 zur DIN 18005 für allgemeine Wohngebiete und Mischgebiete werden deutlich unterschritten.

Nach Abschnitt 7.4 TA Lärm sollen Geräusche des An- und Abfahrtverkehrs auf öffentlichen Straßen durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich vermindert werden, wenn sie zu Pegelerhöhungen von aufgerundet mindestens 3 dB(A) und zu einer Überschreitung des Immissionsrichtwertes der 16. BImSchV führen.

Aufgrund der deutlichen Unterschreitung der Immissionsgrenzwerte führen planbedingte Pegelerhöhungen ab 2,1 dB(A) (das sind gerundet 3 dB(A)) nicht zu Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV.

Organisatorische Maßnahmen zur Verminderung der Geräusche des An- und Abfahrtverkehrs auf öffentlichen Straßen sind nicht erforderlich.

6.2.3 Schiffs- und Schienenverkehrslärm

Die schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 126 „Café Rheinanlagen“ vom August 2009 wurde (FIRU Gfl mbH, Kaiserslautern, Februar 2010) um zusätzliche Untersuchungen zu den Geräuscheinwirkungen im Plangebiet durch

- Schiffsverkehr auf dem Rhein und
- Schienenverkehr auf der Bahnstrecke am gegenüberliegenden Rheinufer

ergänzt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass durch den Schiffsverkehr auf dem Rhein im Plangebiet die Orientierungswerte der DIN 18005 für Mischgebiete am Tage und in der Nacht deutlich unterschritten werden. Es werden keine unzumutbaren Geräuscheinwirkungen verursacht.

Gleiches gilt für die Beurteilung der Geräuscheinwirkungen des Schienenverkehrs.

Maßnahmen zum Schutz der Bebauung innerhalb des Plangebietes vor den Verkehrslärmeinwirkungen des Schiffs- und Schienenverkehrs sind nicht erforderlich.

6.2.4 Freizeitlärm/ Musikpavillon

In der schalltechnischen Untersuchung sollte ermittelt werden, welche Nutzung des Musikpavillons mit der geplanten Bebauung verträglich ist. Grundlage der Beurteilung der Verträglichkeit sind an Werktagen und Sonn- und

Feiertagen Veranstaltungen von 4 Stunden Dauer. Innerhalb der Ruhezeiten werden Veranstaltungen zu Grunde gelegt, welche über die gesamte Ruhezeit (Sonntagmittag 13 bis 15 Uhr und abends 20 bis 22 Uhr) andauern. Für die lauteste Nachtstunde in der Zeit von 22 bis 6 Uhr wird eine Veranstaltung von einer Stunde Dauer angesetzt.

Die Immissionsrichtwerte des Rundschreibens Freizeitanlagen werden eingehalten, wenn die von dem Musikpavillon ausgehenden Schallleistungspegel auf folgende Werte begrenzt werden.

Tabelle 8: Musikpavillon, verträgliche Schallleistungspegel L_{WA}

	Werktag L_{WA} [dB(A)]	Sonn- und Feiertag L_{WA} [dB(A)]
Regelbetrieb		
Tag außerhalb der Ruhezeiten	95	89
Tag innerhalb der Ruhezeiten	85	85
Nacht	75	75
Seltene Ereignisse		
Tag außerhalb der Ruhezeiten	105	104
Tag innerhalb der Ruhezeiten	95	95
Nacht	85	95

Konzerte mit elektroakustischer Verstärkung sind aufgrund der ermittelten verträglichen Schallleistungspegel nicht möglich. Im Tagzeitraum können ohne weiteres beispielsweise Lesungen, kleinere Theateraufführungen und Kammermusikkonzerte durchgeführt werden. Als seltene Ereignisse außerhalb der Ruhezeiten sind Veranstaltungen wie beispielsweise Konzerte ohne elektroakustische Verstärkung möglich.

Die Begrenzung der Schallleistungspegel von Musikveranstaltungen im Musikpavillon kann im Bebauungsplan nicht festgesetzt werden.

Gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB können lediglich „Vorkehrungen“ zum Schutz vor schädlichen Umweltauswirkungen getroffen werden.

„Mit der - strikten - Betonung auf Vorkehrungen baulicher oder technischer Art ist es, was die Vorkehrungen angeht, nicht nur ausgeschlossen, isoliert Emissions- und Immissionswerte festzusetzen, sondern auch, was die Vorkehrungen an emittierenden Betrieben angeht, Bestimmungen über die Einzelheiten des Betriebes zu treffen, z.B. Art und Umfang der Produktion, Betriebsabläufe und Produktionsgestaltungen, Regelungen der Betriebs- oder Produktionszeiten, z.B. über die Anlieferung von Materialien, die Entsorgung und Belegungen von Betriebsteilen.“

(Auszug Kommentar zum BauGB, Ernst-Zinkhahn-Bielenberg)

Gleiches gilt sinngemäß auch für den Betrieb des Musikpavillons.

Da die Stadt Koblenz Eigentümer und Betreiber des Musikpavillons ist, kann sie die oben angesprochene Begrenzung der Schalleitungspegel bei Veranstaltungen im Musikpavillon selbst sicherstellen.

Hinweis:

Im Falle der Übertragung der Pavillonnutzung an andere Eigentümer/ Veranstalter ist eine verpflichtende vertragliche Regelung bezüglich der zulässigen Schalleistungspegel erforderlich.

6.3 Landschaftsplanung

Aus dem landschaftsplanerischen Beitrag zum vorliegenden Bebauungsplan ergeben sich folgende einzelne Anforderungen, die im Rahmen einer Synopse auf ihre Zielerfüllung hin gegenübergestellt werden.

Zielsetzung	Zielerfüllung
<p>1. Bodenschutz</p>	<p>§ 13a BauGB/ Ziel der Innenentwicklung, Nachverdichtung, sparsamer Umgang mit Grund und Boden</p>
<p>2. Wasserschutz</p>	<p>Den wasserrechtlichen Vorgaben wird in vollem Umfange entsprochen. Es ist eine separate wasserrechtliche Genehmigung erforderlich.</p>
<p>3. Klimaschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung des Baumbestandes ▪ Entwicklung eines höheren Anteiles klimatisch wirksamer unversiegelter Flächen und Vegetationsbestände, Begrünung von Fassaden ▪ Baumpflanzungen in den Straßenräumen ▪ Deutliche Aufstockung des Baumbestandes ▪ Reduzierung von Emissionen/ Immissionen aus Hausbrand und Verkehr. 	<p>Bedingt durch den erforderlichen Neubau einer TGA in den Bereichen MI 1+3 sind der Erhalt und die Neuanpflanzung großkroniger Bäume nicht möglich. Die Möglichkeit von Baumpflanzungen in der Januarius-Zick-Straße wird zukünftig geprüft.</p>
<p>4. Arten- und Biotopschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhaltung der 5 Bäume auf dem Parkplatz als Voraussetzung für die Entwicklung von Biotop- und Vernetzungsfunktionen ▪ Ausbau und Pflege einer Allee in der Januarius-Zick-Straße zur Umsetzung der Ziele der Landschaftsplanung auf FNP-Ebene zur Förderung des Biotopverbundes ▪ Entwicklung eines höheren Grünflächenanteiles in Vernetzung mit den Biotopen der alten Parkanlage entlang des Rheins 	<p>(siehe auch Bewertung Artenschutz Pkt. 6.4/Begründung)</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ wie 3.

Zielsetzung	Zielerfüllung
<p>5. Landschaftsbild/ Erholungszentrum</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhaltung der städtebaulichen Grundzüge der historischen Planung der südlichen Vorstadt ▪ Ausbau von Verbindungen zwischen der Stadt und den Rheinanlagen über die Achse des Markenbildchenweges ▪ Ausbau von Verbindungen zwischen der Stadt und den Rheinanlagen über die Achse des Markenbildchenweges ▪ Wiederherstellung einer Allee in der Januarius-Zick-Straße ▪ Vermeidung einer räumlichen Überprägung der Januarius-Zick-Straße durch räumlich dominante Garagenzufahrten und zum Rhein hin zunehmenden Gebäudehöhen ▪ Öffnung eines Platzraumes auf Niveau der Rheinanlagen bzw. leicht erhöht, Pflanzung von mindestens 4 Bäumen zur Wiederherstellung des durchgrüntes „Bildes“ bei Verlust von derzeit vorhandenen Bäumen ▪ Sicherung vorhandener bedeutsamer Blickbeziehungen und räumlicher Zusammenhänge sowohl im Panorama der Rheinanlagen als auch im Verlauf des Promenadenweges ▪ Entwicklung eines flankierenden bzw. trennenden Grünvolumens zwischen der neuen Bebauung und Haus Nr. 9 Lennéstraße 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Grundsätzliche Beibehaltung der vorhandenen Baufluchten ▪ weiterhin gegeben ▪ weiterhin gegeben ▪ weiterhin möglich ▪ eine zentrale TGA-Zufahrt verhindert mehrere Einzelzufahrten/ Gebäudehöhen nehmen zum Rhein hin ab ▪ abgestufte Terrassenlösung vom Café zur Rheinanlage hin ▪ weiterhin gegeben/ bis auf Gebäude Adamsstraße 5/ vertretbar, da keine besondere Bedeutung ▪ vorhandener Musikpavillon mit Randbegrünung wird erhalten/ städt. Eigentum
<p>6. Kulturelle Belange</p>	
<p>6.1 Zielsetzungen unter Gesichtspunkten der städtebaulichen und grünordnerischen Verknüpfung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Reaktivierung der städtebaulichen Achse Markenbildchenweg/ Januarius-Zick-Straße - Rheinanlagen, Entwicklung einer Allee, Ausbildung des Endpunktes als Platz und Inszenierung entsprechend der Überlieferung ▪ bauliche Flankierung dieser Achse sowie der Adamstraße im Sinne des Stübben-Plans 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ weiterhin gegeben bzw. möglich ▪ sieht Bebauungsplan vor

<p>Zielsetzung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermeidung zusammenhängender lang gezogener Baukörper, vorzugsweise einzelne villenartige Architekturen mit stark durchgrüntem Zwischenräumen, Höhe nicht über Firsthöhe der denkmalgeschützten Gebäude in der Nachbarschaft ▪ Aufgreifen der Fassadengliederung bestehender historischer Gebäude ▪ Ausbildung einer Platzsituation am ehemaligen Trinkhallenstandort, Aufweitung des Promenadenweges, Baumpflanzungen in Korrespondenz zum Biergarten 	<p>Zielerfüllung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abweichung, Orientierung an vorhandener Bebauung, Vorgabe max. Firsthöhe = Adamsstraße Nr. 5 = 81,48 m üNN ▪ keine Vorgaben: Übermaßverbot/moderne Architektur möglich ▪ Übergangsbereich Café-Terrassen zur Rheinanlage, Gestaltungsaufgabe: Privat/ Stadt
<p>6.2 Zielsetzungen unter garten- und landschaftshistorischen Gesichtspunkten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhaltung des Baumbestandes, falls dies einer Entwicklung im Sinne des Stübben-Plans widerspricht, unbedingt Ersatz entfallender Bäume innerhalb des Straßenraumes der rheinnahen Januarius-Zick-Straße und rheinseitig in den aufgeweiteten Platzarealen. ▪ Erhaltung der flankierenden Baumbestände zum Haus Nr. 9 Lennéstraße auf der Rheinseite 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ siehe 3. ▪ siehe 3.
<p>6.3 Zielsetzungen unter Gesichtspunkten der Erholungsvorsorge und der Gesundheit</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Neugestaltung des historischen Ortes der ehemaligen Trinkhalle als Teil der Stadtidentität ▪ Organisation des Verkehrs auf der von der Wohnbebauung abgewandten Seite ▪ Erhaltung der Caféhausnutzung und langfristige Sicherung auch der Außengastronomie für die Koblenzer Bevölkerung ▪ Anordnung der Bebauung und der Caféhausnutzung unter Berücksichtigung des Schutzerfordernisses privater Freiräume 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gestaltungsaufgabe in der Rheinanlage ▪ im Rahmen der Hochbaukonzeption realisierbar ▪ Ziel der vorliegenden Planung ▪ Ziel der vorliegenden Planung

Zielsetzung	Zielerfüllung
7. Anforderungen an den Bebauungsplan aus Umweltsicht	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung und Integrierung eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes unter Berücksichtigung der stadthistorischen und gestalterischen Merkmale des historischen städtebaulichen Planes von Stübben und der sich aus der gartenhistorischen Auswertung ergebenden Anforderungen zur starken Durchgrünung des Areals 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ siehe 3.
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung der Sichtbezüge zu vorhandener denkmalgeschützter Bausubstanz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ weitgehend erfüllt
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung der Januarius-Zick-Straße als städtebauliche Achse und Grünverbindung zum Rhein, Vermeidung einer beeinträchtigenden Tiefgaragenzufahrt 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ weiterhin möglich/ TGA erforderlich, Zufahrt Januarius-Zick-Straße zwingend
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vermehrung des Anteils unversiegelter Grünflächen auf mindestens 25 % der Gesamtfläche 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ nur bedingt umsetzbar (MI 4+5)
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhaltung des Baumbestandes an der Front zur Januarius-Zick-Straße, falls das nicht möglich ist, Neupflanzung von Bäumen alleeartig im Straßenraum, mindestens 6 Bäume als Ersatz für entfallende Bäume, zuzüglich weiterer 4 Bäume im Umfeld der neuen Cafétterasse auf der Rheinseite. Eine Beseitigung der Bäume und Ersatz an anderer Stelle kommt nicht in Frage, da im Hinblick auf die grünordnerischen und historischen Zielsetzungen eine Durchgrünung unbedingt am Ort stattfinden muss und auch bezogen auf Lebensraumfunktionen notwendig ist. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ siehe 3.

Zusammenfassende Darlegung

In der Abwägung der Belange von Natur und Landschaft mit den Belangen der betroffenen Grundstückseigentümer, Nachbarn und den Investoreninteressen u.a. stellt die vorliegende Plankonzeption einen Kompromiss dar. Die stadthistorisch vorgegebenen „Leitplanken“ (Stübben-Plan) werden entlang der Januarius-Zick-Straße und Adamsstraße weitgehend gewürdigt.

Die Sichtbezüge zu den vorhandenen denkmalgeschützten Gebäuden sind weiterhin gegeben.

Lediglich die Neubebauung rheinseitig vor dem Haus Nr. 5 stellt eine Einschränkung des dortigen Sichtbezuges dar. Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass das Gebäude Nr. 5 nur ein Wirtschaftsgebäude im Umfeld der ehemaligen Trinkhalle war und keine herausragende Bedeutung hatte und hat.

Durch die zukünftig geplante Café-Terrassenausbildung mit der Möglichkeit von Freiflächengestaltungen bis hin zum Musik-Pavillon lässt sich eine positive Verbindung und Ergänzung mit der historischen Kaiserin-Augusta-Anlage und der dort geplanten Aufwertung herstellen.

Gleiches gilt für die mögliche Attraktivitätssteigerung im Einmündungsbereich der „Januaris-Zick-Straße“ in die v.g. Parkanlage.

Durch den verkehrstechnisch erforderlichen Bau einer Tiefgarage unter dem Hauptteil des Plangebietes muss der dort vorhandene Grünbestand aufgegeben werden. Die Ersatzpflanzungen für Bäume entlang der Januaris-Zick-Straße können im Verlauf derselben im Gehweg- und Fahrbahnbereich bei gleichzeitiger Teil-Entsiegelung vorgenommen werden. Durch den Bau der Tiefgarage sind der aus landespflegerischer Sicht gewünschten starken Durchgrünung des Areals Grenzen gesetzt. Gemäß den textlichen Festsetzungen sind die nicht überbauten und nicht befestigten Grundstücksflächen gärtnerisch anzulegen, zu gestalten und instand zu halten. Die Lage der Tiefgaragenzufahrt am geplanten Standort ist zum einen bedingt durch die dort günstige Höhenlage und zum anderen durch die gewünschte Vermeidung von Ein- und Ausfahrtslärm gegenüber Wohn-Anliegern in anderen Bereichen.

6.4 Artenschutz

Für das Plangebiet wurde eine artenschutzrechtliche Begutachtung durchgeführt.

Ergebnis der Kartierung:

Im Untersuchungsgebiet konnten drei Fledermausarten nachgewiesen werden (siehe Tabelle 1):

Tab. 1: Nachgewiesene Fledermausarten im Untersuchungsgebiet Bebauungsplangebiet Café Rheinanlagen

Art	BNatSchG	FFH	Rote Liste D	Rote Liste RP	Status
Großer Abendsegler, Nyctalus noctula	S	IV	3	3	NG
Rauhhaufledermaus, Pipistrellus nathusii	S	IV	G	1	NG
Zwergfledermaus, Pipistrellus pipistrellus	S	IV	*	3	NG

Erläuterungen

BNatSchG: S = streng geschützt nach § 7 BNatSchG (§ 10 BNatSchG alte Fassung)

FFH= Art nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

Gefährdungseinstufung Rote Liste: D = Deutschland, RP = Rheinland-Pfalz;
1= vom Aussterben bedroht, 3 = gefährdet,
G = potenziell gefährdet, * = ungefährdet

Status: NG= Nahrungsgast

Die drei nachgewiesenen Arten nutzen die Umgebung des Café Rheinanlagen als Jagdgebiet. Zwergfledermäuse bevorzugen die angrenzenden Straßen (Lenne- und Januarius-Zick-Str.) sowie die Kaiserin-Augusta-Anlagen als Jagdraum. Bis zu drei Exemplare konnten beobachtet werden. Der Nachweis einer Rauhhautfledermaus wurde in der Adamstrasse erbracht, wo die Fledermaus unter einer Laterne jagte. Das Gebiet wird regelmäßig von Abendseglern überflogen, die den Luftraum über den Rheinanlagen als Jagdgebiet nutzen.

Es konnten keine Hinweise auf Fortpflanzungs- oder Zwischenquartiere an den untersuchten Bäumen oder Gebäuden festgestellt werden. Aufgrund des zeitlich eng begrenzten Untersuchungszeitraumes ist jedoch nicht auszuschließen, dass Fledermäuse Winterquartiere im Gebiet (v.a. Zwergfledermäuse in den Gebäuden - Rollladenkästen, Verschalungen, sonstige Gebäudespalten) beziehen.

Aufgrund dieser Tatsache wurde auf Empfehlung des Umweltamtes der Einbau von Fledermauseinbausteinen bei Neubaumaßnahmen vorsorglich zwingend vorgegeben.

Weder in den Bäumen noch an den Gebäuden konnten Hinweise auf Nestanlagen von Vögeln gefunden oder brutverdächtiges Verhalten von Vögeln beobachtet werden.

6.5 Kosten

Erschließungskosten im Sinne des § 127 ff BauGB entstehen nicht. Die vorhandenen öffentlichen Straßen und Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind geeignet, das planbedingte Mehraufkommen zu übernehmen.

Es werden separate Kosten für die Erneuerung der öffentlichen WC-Anlage und die Anpassung der Frei- und Terrassenflächen zwischen dem neuen Restaurationsbereich und dem vorhandenen Musik-Pavillon entstehen, deren Kostentragung vertraglicher Regelungen bedarf.

Ausgefertigt:
Koblenz,

Stadtverwaltung Koblenz

Oberbürgermeister